

Konrad-Adenauer-Stiftung  
Außenstelle Washington



**NEWS AUS WASHINGTON**

**Februar 2004**

**U.S.- Verfassungszusatz gegen die  
gleichgeschlechtliche Ehe**  
*Franz-Josef Reuter/ Jana Krause*

**Transatlantische Beziehung nach der Irakkrise**  
*Franz- Josef Reuter/ Philip Gafron*

**Anzeichen für weiteres Wachstum der US-Wirtschaft**  
*Franz-Josef Reuter*

Konrad-Adenauer-Stiftung  
Außenstelle Washington  
2005 Massachusetts Avenue, NW  
Washington, DC 20036  
USA

Tel. 202-986-9460  
Fax. 202-986-9458  
info@kasusa.org  
<http://www.kasusa.org>  
<http://www.kas.de>

## **U.S.- Verfassungszusatz gegen die gleichgeschlechtliche Ehe**

Bush kündigt seine Unterstützung zu einem Verfassungszusatz an, der die Ehe als eine heterosexuelle Institution definiert.

Präsident Bush hat am 10. Februar seine Unterstützung eines Verfassungszusatzes angekündigt, der, wenn er erfolgreich verabschiedet wird, die Ehe verfassungsrechtlich als eine heterosexuelle Institution definiert. Er reagiert damit auf zwei Entscheidungen des höchsten Gerichts im Bundesstaat Massachusetts, welches im November letzten Jahres entschieden hatte, dass homosexuelle Menschen unter der Verfassung des Bundesstaates von Massachusetts ein Recht auf Heirat haben. Auf eine Rückfrage des Senats im Hinblick auf die eingetragene Lebenspartnerschaft entschied das Gericht am 04. Februar dieses Jahres, dass das Recht auf Heirat nur durch die Ehe, nicht aber durch die eingetragene Lebenspartnerschaft, verwirklicht werden könne. Der Bundesstaat Massachusetts muss nun bis zum 17. März ein entsprechendes Gesetz verabschieden, welches es homosexuellen Paaren erlaubt, eine Eheschließung einzugehen. Damit würden zum ersten Mal in der amerikanischen Geschichte homosexuelle Paare heiraten dürfen.

Die Staaten Kalifornien und Vermont haben bereits Gesetze verabschiedet, die die eingetragene Lebenspartnerschaft für Homosexuelle erlauben- eine Institution, die nach dem Gesetz der Bundesstaaten eine rechtliche Gleichstellung mit der Ehe bedeutet. Gleichgeschlechtliche Partnerschaften stehen danach unter dem gleichen Erbschafts- und Steuerrecht wie Ehepaare und erhalten ebenfalls das Recht, Kinder zu adoptieren. Allein die Bezeichnung „Ehe“ fehlt. Diese eingetragenen Lebenspartnerschaften nicht als Ehen zu bezeichnen bedeute eine Diskriminierung homosexueller Paare, entschied nun der Gerichtshof in Massachusetts.

Die Entscheidung des Gerichts ist in der Bevölkerung auf viel Widerstand gestossen. Politiker beider Parteien sowie vor allem konservative christliche Gruppen kritisierten die Aufhebung der traditionellen Definition der Ehe durch die siebenköpfige Jury. Dieser Vorgang wird von verschiedenen Seiten als eine Anmassung und als ein undemokratischer Akt empfunden, der gegen den Willen und über die Köpfe der Wähler hinweg durchgesetzt werde.

Nach Angaben des Pew Research Instituts lehnen 59% der Amerikaner die Ehe zwischen Homosexuellen ab. Unter denen, die sich als religiös bezeichnen, sind es sogar 80%. Die Zustimmung bzw. Ablehnung der Ehe von gleichgeschlechtlichen Partnern variiert jedoch stark in den einzelnen Bundesstaaten. Umfragen in Massachusetts haben eine marginale Mehrheit von 51% für die Ehe von Homosexuellen ergeben.

## **Unterschiedliche Regelungen in den einzelnen Bundesstaaten**

Die föderale Ordnung der USA führt derzeit zu einer komplizierten und uneinheitlichen Regelung in Bezug auf homosexuelle Partnerschaften. So führt die Entscheidung des Gerichts in Massachusetts zwar dazu, dass in diesem Staat homosexuelle Paare heiraten dürfen. Damit gelten sie aber nur innerhalb der Grenzen von Massachusetts als verheiratet, in den angrenzenden Bundesstaaten nebenan jedoch nicht mehr. In 39 amerikanischen Bundesstaaten gibt es bereits Gesetze, die die Ehe als heterosexuelle Institution definieren. 16 Bundesstaaten diskutieren derzeit die Verabschiedung eines Verfassungszusatzes, der die Ehe zwischen Homosexuellen auf der Ebene des entsprechenden Bundesstaates verbieten würde. Ein in Massachusetts getrautes homosexuelles Paar würde darüber hinaus in den Augen der amerikanischen Regierung nicht verheiratet sein- und damit auch keine der 1049 finanziellen Förderungen erhalten, die heterosexuellen Ehepaaren zustehen.

Ein Verfassungszusatz auf nationaler Ebene könnte damit eine einheitliche Regelung in den USA herbeischaffen. Damit wäre es einem Landesgericht nicht mehr möglich, die Legislative in einem Bundesstaat dazu zu zwingen, Homosexuellen die Ehe zu ermöglichen.

## **Eine langfristig vorbereitete Initiative**

Bush ist seit einigen Monaten von christlichen Lobbygruppen, die einen wichtigen Teil seiner Wählerschaft ausmachen, zu einem solchen Schritt aufgefordert worden. Seine generelle Zustimmung zu einer entsprechenden Verfassungsänderung ist schon seit einigen Wochen bekannt gewesen und auch in der letzten Rede zur Lage der Nation angeklungen. Der Text des Verfassungszusatzes, der nun diskutiert wird, ist in den letzten Monaten unter massgeblichem Einfluss dieser Gruppen formuliert worden. Amerikanischen Politikern beider Parteien ist er ebenfalls seit längerem bekannt. Der nun ausgehandelte und von Bush befürwortete Text hat bereits einige Unterstützung von Senatoren und Kongressabgeordneten beider Parteien gewinnen können. Er verbietet zwar eindeutig die Ehe zwischen Homosexuellen, lässt jedoch Raum für die Schaffung von sogenannten eingetragenen Partnerschaften im jeweiligen Bundesstaat.

Das Weisse Haus hat mit Bushs offiziellem Bekenntnis zum Verfassungszusatz zunächst die endgültige Entscheidung des Gerichts von Massachusetts abwarten wollen. In Massachusetts diskutiert das Parlament in diesen Tagen, ob der Bundesstaat ebenfalls einen Verfassungszusatz verabschieden sollte, der die Ehe von Homosexuellen verbietet und damit die Entscheidung des Gerichts doch noch zu nichte macht. Zwei Formulierungen für einen solchen Verfassungszusatz sind jedoch bereits vom Parlament mit knappen Mehrheiten

abgewiesen worden. Es scheint unwahrscheinlich, dass Gegner der Ehe von Homosexuellen die Umsetzung der Gerichtsentscheidung noch stoppen können. Präsident Bush macht seine Unterstützung für einen Verfassungszusatzes von den weiteren Entwicklungen, u.a. in Massachusetts, abhängig. Er hat jedoch bekräftigt, dass er einen Verfassungszusatz auf nationaler Ebene unterstützen werde, sollte die Entwicklung dahin gehen, dass weitere Bundesstaaten über die Gerichte dazu gezwungen werden, die Ehe von Homosexuellen einzuführen.

### **Die Ehe von Homosexuellen als Wahlkampfthema**

Der Zeitpunkt der Ankündigung von Präsident Bush ist wahlkampfaktisch klug gewählt. In der Debatte um falsche Informationen von Bush zur Legitimation des Irakkrieges, der schleppenden Wirtschaft und des neuesten Streits um Bushs Militärdienst lenkt der Präsident auf ein gesellschaftlich-kulturelles Thema ab.

Bush steht mit einem solchen Wahlkampfthema relativ sicher da: 78% seiner Wähler lehnen die Ehe zwischen Homosexuellen ab. Sein wahrscheinlicher Herausforderer John Kerry hingegen, der nach den jüngsten Vorwahlen seinen Vorsprung als Präsidentschaftskandidat der Demokraten weiter ausbauen konnte, wird einen schwierigen Stand haben. Auf Grund seiner Herkunft aus Massachusetts wird er schon jetzt zu Beginn des Wahlkampfes aus den Kreisen der Republikaner als „Liberaler“ gebranntmarkt, der nicht die Mehrheitsmeinung der Amerikaner widerspiegelt, obwohl Kerry selbst sich klar zum Urteil des Gerichtshofs in Massachusetts geäußert hat. Er hält genauso wie Bush die eingetragene Lebenspartnerschaft für den richtigen Weg und lehnt die Ehe zwischen Homosexuellen ab. Für einen demokratischen Präsidentschaftskandidaten wird es jedoch nicht nur darum gehen, den „Durchschnittsamerikaner“ zu erreichen, sondern er muss auch die Wahl im bevölkerungsreichen Kalifornien gewinnen, einem Staat, der traditionell demokratisch wählt. Ein Kandidat, der sich den ganzen Sommer gegenüber Bush zur Ehe von Homosexuellen äußern muss und sich damit stark auf die Seite der Konservativen begibt, wird in Kalifornien vorraussichtlich Schwierigkeiten haben.

Nach neuesten Umfragen ist die Ehe zwischen Homosexuellen in den Augen der Mehrheit der Bevölkerung jedoch noch kein wichtiges Wahlkampfthema. Nur 5% der Befragten geben an, dass dies ein sehr wichtiges Thema für sie sei.

Viel wahlentscheidender ist demnach auch in traditionell konservativen Wahlkreisen die wirtschaftliche Situation und die Arbeitslosigkeit.

### **Kritische Stimmen zum Verfassungszusatz**

Politiker, die die Ehe von Homosexuellen befürworten, und vor allem verschiedene politisch aktive Gruppen von Homosexuellen, kritisieren, dass die Verabschiedung eines Verfassungszusatzes eine in der Verfassung verankerte Diskriminierung darstelle. Homosexuelle Partnerschaften würden damit zu einer Art „zweite Klasse“- Partnerschaften abgestempelt, die jetzt und auch in Zukunft nicht die Bezeichnung Ehe tragen dürften. Einige Stimmen vergleichen die

aktuelle Debatte mit dem Kampf um die Abschaffung von diskriminierenden Gesetzen gegenüber afro-amerikanischen Bürgern- einen Vergleich, den Gegner der Homosexuellen- Ehe als stark überzogen ablehnen.

Die Befürwortung bzw. die Ablehnung der Ehe zwischen Homosexuellen spaltet die amerikanische Gesellschaft. Verschiedene Stimmen begrüßen daher den Verfassungszusatz, denn dieser müsste in einem Referendum von der amerikanischen Bevölkerung bestätigt werden, welches frühestens im November 2006 stattfinden kann. Sowohl ein Verfassungszusatz auf nationaler Ebene als auch ein Zusatz zur Verfassung von Massachusetts müsste eine zweite Lesung vor der Legislative in 2 Jahren bestehen, bevor ein Referendum stattfinden könnte. Dieses Procedere würde der Bevölkerung weitere 2 Jahre Zeit geben, in der sich die Einstellungen für oder gegen die Ehe von Homosexuellen noch stark verändern können. Dies könnte aber auch bedeuten, dass in Massachusetts ab dem 17. Mai homosexuelle Paare zwar heiraten können, deren Ehe allerdings dann zwei Jahre später wieder als nichtig angesehen werden kann. Solche Paare würden dann den rechtlichen Stand einer eingetragenen Partnerschaft zugewiesen bekommen.

### **Transatlantische Beziehungen nach der Irakkrise - Einlenken ist die Devise, auch in Frankreich**

Seit der Debatte über Sinn und Rechtmäßigkeit der militärischen Entmachtung Saddam Husseins scheint das europäisch-amerikanische Verhältnis – zumindest was das „alte Europa“ betrifft – nachhaltig geschädigt. Das Ergebnis der strikten Opposition der Regierungen Deutschlands und Frankreichs war nicht nur eine Entfremdung auf politischer Ebene. Das Verhalten der Regierungsvertreter führte auch zu einer gesteigerten anti-amerikanischen Einstellung in breiten Teilen der Bevölkerung und motivierte allorts zur Diffamierung der USA. Dieser Streit hat nicht nur die transatlantischen Beziehungen beschädigt, sondern auch einen Keil zwischen die beiden Lager innerhalb der Europäischen Union getrieben.

All dies ist den Amerikanern nicht entgangen – wie nachhaltig der entstandene Schaden tatsächlich ist, wird sich indes noch herausstellen. Jetzt, da sich die Wogen um den Irakkrieg langsam glätten, setzt eine beginnende Einsicht darüber ein, dass Amerika und Westeuropa angesichts der weltweiten Entwicklungen eine Entfremdung nicht zulassen können.

So beschreibt beispielsweise *Jim Hoagland*, zweifacher Pulitzer-Preis-Träger und Kolumnist in der *Washington Post*, in seinem Artikel „Chirac's 'Multipolar World'“ (*W.Post*, 4. Februar 2004 - <http://www.washingtonpost.com/wp-dyn/articles/A10794-2004Feb3.html>) das Einlenken des französischen Präsidenten Jacques Chirac in der Frage französisch-amerikanischer Beziehungen.

Entgegen mancher Erwartungen sei Jacques Chirac, der, zusammen mit der Bundesregierung Deutschlands, die Opposition gegen den Krieg im Irak anführte, heute fern von rechthaberischem Triumph oder gar Hohn über die

Rückschläge, die Amerika im Kampf um den Frieden im Irak hinnehmen musste. Stattdessen betonte er die Notwendigkeit der Überwindung aufgestauter Vorbehalte im transatlantischen Verhältnis. Man müsse nun nach vorn blicken, nicht zurück – so der französische Präsident.

Auch wenn Frankreichs regelmäßige Kritik an dem weltweiten Einfluss des Dollars und der Überflutung Europas mit der amerikanischen Kultur in Washington nie gerne gesehen worden sei, sei jedoch ein produktiver Austausch von Argumenten in anderen Bereichen immer möglich gewesen. Die offene und freundliche Basis, die Voraussetzung für einen solchen Dialog sei, wolle man nun zurückgewinnen.

Im Zuge dieser Bestrebungen sei Chirac sogar bereit – so Jim Hoagland –, frühere Aussagen über Amerikas Irak-Politik zu relativieren. Forderte er vor einem Jahr noch mehr „Multipolarität“ – damals klar zu verstehen als eine Kritik an der Weltmachtstellung Amerikas und dem bevorstehenden Alleingang im Irak –, so nehme er die „Multipolarität“ heute als Grund, die transatlantischen Beziehungen zu stärken.

Angesichts des Heranwachsens neuer Machtzentren auf der ganzen Welt – so zum Beispiel China, Indien oder Südamerika – und den damit verbundenen Herausforderungen für die westliche Welt, müssten nun die Kräfte konzentriert werden. Zu schnell könne es zur Eskalation von Konflikten kommen, bedingt durch die hohe Effizienz moderner Waffensysteme.

Das Fundament für eine solche Zusammenarbeit zwischen Europa und den Vereinigten Staaten setze sich aus einer gemeinsamen Geschichte und Kultur, aus einem gemeinsamen Wertesystem und Zielen zusammen. Verglichen mit der Vision einer funktionierenden Zusammenarbeit seien die Differenzen im Streit um den Krieg im Irak eher unbedeutend, erklärt Chirac.

Und tatsächlich beginnen sich die Fronten langsam aufzuweichen. So stattete der französische Außenminister Dominique de Villepin am Freitag, dem 6. Februar, Colin Powell in New York einen Besuch ab. Nach einem offenen Angriff Villepins gegenüber Powells Irak-Politik bei einer UN-Sitzung im letzten Winter war das Verhältnis der beiden Staatsmänner getrübt. Auch in Sachen von NATO-Einsätzen finde inzwischen ein Umdenken statt.

Laut Chirac läßt sich die NATO in der heutigen Weltordnung nicht, wie von ihm einst geglaubt, regional begrenzen. Als Konsequenz daraus erklärt sich die gemeinsame Arbeit in Afghanistan und auch seine Zusicherung, sich nicht gegen einen Einsatz der NATO im Irak zu stellen.

Die Enttäuschungen im persönlichen Verhältnis indes, insbesondere zwischen George W. Bush und Jacques Chirac, werden sich aber wohl in nächster Zukunft kaum beheben lassen.

## **Anzeichen für ein weiteres Wachstum der US-Wirtschaft**

### **Dollar ist kein Sorgenkind**

US-Notenbankchef Alan Greenspan hat vor dem Finanzausschuß des Repräsentantenhauses ein positives Bild der amerikanischen

Wirtschaftsentwicklung gezeichnet. Seit seinem Bericht im Juli 2003 habe sich die Lage weiter verbessert, so Greenspan. Angesichts dieser Lage könne die Notenbank bei Zinserhöhungen „geduldig“ bleiben. Diese Politik könne aber nicht unbegrenzt so fortgesetzt werden. Greenspan wies darauf hin, daß die geringe Inflationsrate, vor allem angesichts des Dollar-Rückgangs, beeindruckend sei. Offensichtlich seien ausländische Exporteure bereit, einen Teil des Preisverlustes aufzufangen. Den Rückgang der amerikanischen Währung bezeichnete Greenspan als „graduell“. Der Rückgang habe keinen negativen Effekt auf den US-Kapitalmärkten hinterlassen.

Ein schwacher Dollar kommt –laut Analysten- der Bush-Administration im Vorfeld der Präsidentschaftswahlen gelegen, da er die Gewinne der US-Unternehmen pflegt und das gigantische Leistungsbilanzdefizit der Vereinigten Staaten zu mindern hilft. Der schwächelnde Dollar stand in der jüngsten Vergangenheit nicht nur gegen den Euro, sondern auch vor allem gegen die sogenannten „Commodity-Währungen“, wie dem kanadischen Dollar und dem südafrikanischen Rand, unter massivem Druck. Gegen den Rand hat die Währung in den vergangenen zwei Jahren beispielsweise etwa 50 Prozent ihres Wertes verloren, gegen den Euro rund 30 Prozent.

Das hört sich dramatisch an, wird nicht selten dramatisch dargestellt, ist allerdings bisher alles andere als dramatisch. Das zeigt allein schon die verhaltene Reaktion der Europäischen Zentralbank, die sich zumindest bisher nicht aus der Ruhe bringen läßt. Fakt ist, daß sich viele Währungen, die sich angeblich plötzlich so stark geben, ihrerseits von einer Schwächephase erholen. Dabei haben sie noch lange kein Niveau erreicht, das sie vorher nicht schon gesehen haben. Auch nicht der Euro. Denn verlängert man dessen Historie anhand einer „Vorgängerwährung“, der D-Mark, so könnte die Einheitswährung noch bis auf knapp 1,43 Dollar je Euro steigen. Erst dann wäre wirklich ein neuer Rekord zu verzeichnen. In den 90er Jahren war der Dollar gefragt, weil die Wirtschaft in Amerika scheinbar

unbeschränkt wachsen konnte. Das zog nicht nur die Aktionäre an, sondern auch ausländische Unternehmen, die kräftig im Land der scheinbar unbegrenzten Möglichkeiten investierten. Diese Nachfrage trieb nicht nur den Dollar nach oben, sondern versorgte Amerika auch mit günstigem Geld.

Auf Grund des nachlassenden Wachstums, fallender Börsen, den Attentaten in New York und einer beinahe schon unendlichen Serie von Bilanz- und anderen Skandalen ging der Dollarmythos verloren. Der Dollar war nicht nur nicht mehr stark gefragt, sondern auf Grund rasch fallender Zinsen wurde dieser auch relativ unattraktiv. Um die Wirtschaft anzukurbeln, senkte nicht nur die Notenbank die Zinsen, sondern die Regierung reduzierte auch die Steuern und erhöhte die Ausgaben. Damit steigt der Geldbedarf. Gleichzeitig sparen die amerikanischen Konsumenten zu wenig. Diese Differenz –die negative Leistungsbilanz von etwa fünf Prozent des Sozialproduktes- wurde und wird bisher vom Ausland ausgeglichen. Allerdings nicht mehr so bereitwillig, wie in der Vergangenheit.

Amerika muß auf Grund der relativen „Unattraktivität“ immer mehr bieten – und das schlägt sich im Wechselkurs, in Form von Kursverlusten, nieder.

„Der Dollar wird nicht abstürzen, weil das niemandem nützen würde, weder den Amerikanern noch ihren Handelspartnern“, beschwichtigt in stoischer Gelassenheit immer wieder US-Notenbankchef Greenspan. Finanzexperten an der Wall Street gehen davon aus, daß vor allem die Asiaten mit ihren Dollar-Käufen weiterhin dafür sorgen werden, daß die Dollar-Landung relativ sanft vonstatten geht. Allein Japan hat im letzten Jahr schon Yen im Wert von über 150 Mrd. US\$ auf den Markt geworfen, um den Dollar zu stützen. Und auch die Chinesen werden weiterhin Dollar kumulieren, damit ihre Währung Yuan im Windschatten des Dollars segeln kann. Amerika ist –so Greenspan- schon allein deshalb nicht an einer abrupten und schnellen Abwertung gelegen, da andernfalls die Kapitalflüsse schlagartig ausblieben, was gleichermaßen Aktien- und Anleihenurse einbrechen lassen würde.

Kurzfristig sieht es nun so aus, als ob die amerikanische Konjunktur mittels der externen Anreize schnell und kräftig in Fahrt kommen könnte. Erste Anzeichen deuten darauf hin. Die Börsen bauen zumindest darauf, nehmen das mit steigenden Kursen vorweg und bieten für Anleger interessante Möglichkeiten. Und genau aus diesem Grund rechnen viele Marktteilnehmer damit, daß sich der Dollar in nächster Zeit wieder gegen den Rest der Welt erholen könnte. Das dürfte nicht ausgeschlossen sein, denn nach einer raschen Abwertungsphase kann es jederzeit zu einer Gegenbewegung

kommen. Der Konjunkturvorsprung der Amerikaner wird sich nach übereinstimmender Meinung vieler Analysten spätestens im kommenden Jahr in den Wechselkursen niederschlagen. Für eine weitere Euro-Rally gibt es indes wenig Nährboden. Mit Verweis auf den aufgeweichten Stabilitätspakt und mit Blick auf die EU-Osterweiterung sei dieses gerade eine Bürde für den Euro. Die Befürchtung, daß das Ausland nicht mehr bereit sei, das Leistungsbilanzdefizit zu finanzieren, wird nicht geteilt. Sollte die Konjunktur weiter an Fahrt gewinnen, werden ausländische Investoren auch zukünftig Geld nach Amerika pumpen. Die Wall Street sieht den Euro daher zur Jahresmitte und zum Jahresende eher bei nur noch 1,10 Dollar (derzeit 1,27).

### **Gute Aussichten für anhaltendes Wachstum**

Das Bruttoinlandsprodukt habe sich in der zweiten Hälfte des vergangenen Jahres „energisch ausgeweitet“ und die Produktivität sei gestiegen, sagt US-Notenbankchef Alan Greenspan. Zugleich seien die Preise stabil geblieben.

Greenspan merkte jedoch an, daß die „Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt „noch begrenzt“ gewesen seien. Insgesamt seien die Aussichten für anhaltendes Wachstum der US-Wirtschaft weiterhin gut. Volkswirte bezeichnen das Wachstumstempo als weiterhin beachtlich. Die Erholung sei auf gutem Wege. Das **Bruttoinlandsprodukt (BIP)** der weltgrößten Volkswirtschaft stieg auf das Jahr hochgerechnet um **4,0%**, wie das US-Handelsministerium mitteilte. Das



amerikanische Investmenthaus Goldman&Sachs traut der amerikanischen Volkswirtschaft auch im Jahre 2004 ein Wirtschaftswachstum von 4 Prozent zu.

Zu schaffen macht der US-Wirtschaft allerdings nach wie vor das für das Haushaltsjahr 2004 prognostizierte **Rekorddefizit** von **477 Mrd. Dollar**. Damit würde die Regierung von US-Präsident George W. Bush sogar den eigenen Negativrekord aus dem vergangenen Jahr übertreffen. US-Finanzminister John Snow bekräftigte unterdessen den festen Willen der Regierung, binnen der nächsten fünf Jahre das Defizit halbieren zu wollen. Snow nannte das Defizit „zu hoch, nicht willkommen und nicht von Dauer“. Erst im vergangenen Jahr hatte die Bush-Regierung ein Haushaltsdefizit von 374 Mrd. Dollar eingefahren. Das größte amerikanische Haushaltsdefizit seit dem Zweiten Weltkrieg wurde bekanntlich 1993 unter dem früheren Präsidenten Ronald Reagan erreicht, es lag seinerzeit bei 6,2 Prozent des BIP.

Präsident Bush, der sich im November zur Wiederwahl stellt, steht wegen der explodierenden Neuverschuldung unter Druck. Bush hat bereits eine Verringerung des Defizits angekündigt, will zugleich aber die massiven Steuersenkungen in Milliardenhöhe (1,7 Mrd. Dollar), die Ende des Jahres teilweise auslaufen, verlängern. Bush verteidigt die Steuersenkungen, die –nach seinen Worten- die Rezession abgemildert hätten und nun wichtiger Bestandteil zur Ankurbelung der Wirtschaft seien. Dementsprechend rechtfertigte der Präsident auch das Haushaltsdefizit mit den Folgen der Rezession, den Anschlägen vom 11. September und dem Krieg gegen den Terrorismus. Binnen fünf Jahren soll die **Defizitquote** von derzeit **4,5%** des Bruttoinlandsprodukts (BIP) auf unter zwei Prozent des BIP gesenkt werden.

### **Die Job-Maschine kommt langsam in Gang**

Obwohl die Wirtschaft in den USA deutliche Wachstumssignale aussendet, bleibt der Arbeitsmarkt noch etwas hinter den Erwartungen zurück. Die Zahl der Beschäftigten ist im Januar schwächer gestiegen als allgemein erwartet, dafür fiel die **Arbeitslosenquote** überraschend von 5,7% auf jetzt **5,6%** im Vergleich zum Vormonat. Analysten hatten mit einer unveränderten Arbeitslosigkeit gerechnet. Insgesamt waren nach offiziellen Angaben landesweit 8,3 Millionen Menschen ohne Arbeit. Die verbesserte Arbeitslosenquote von jetzt 5,6% spiegelt damit den niedrigsten Stand wieder, seit Amtsantritt von Präsident George W. Bush. Die Zahl der Arbeitsplätze außerhalb der Landwirtschaft kletterte im Januar um 112.000 nach einem nach oben revidierten Anstieg um 16.000 im Vormonat, teilte das US-Arbeitsministerium mit. Prognostiziert war noch ein stärkerer Anstieg, mit einem Plus von 150.000 Stellen. Dennoch war der Dezember-Zuwachs bei der Beschäftigung der höchste seit Ende 2000. Die durchschnittlichen **Stundenlöhne** stiegen den weiteren Angaben zufolge um 0,02 US-Dollar auf **15,49 Dollar**. Die durchschnittliche **Wochenarbeitszeit** erhöhte sich gegenüber dem Monat Dezember um 12 Minuten auf jetzt **33,7** Stunden.

Mit Ausnahme der verarbeitenden Industrie und des professionellen Dienstleistungssektors haben alle Branchen ihr Personal aufstocken können. Das verarbeitende Gewerbe büßte demgegenüber weitere 11.000 Stellen ein, bei den professionellen Dienstleistungen gingen 22.000 Jobs verloren. Im klassischen Dienstleistungsgewerbe wurden allerdings 105.000 neue Arbeitsplätze geschaffen, einschließlich 22.000 im Einzelhandel. Der

Bausektor fügte 24.000 Stellen hinzu, der Bildungs- und Gesundheitsbereich verzeichnete ein Plus von 22.000 Stellen.

### **Dienstleister legen weiter zu**

Der an den Finanzmärkten stark beachtete Service-Index des Institute for Supply Management (ISM) bestätigte die Aufbruchstimmung in der US-Wirtschaft und stieg im vergangenen Monat auf 65,7 (Im Vergleich Dezember 2003: 58,0) Punkte. Dieses ist das höchste Niveau seit Einführung des Indexes im Jahre 1997. Mit Werten über 50 Zählern signalisiert das Branchenbarometer eine expandierende Geschäftstätigkeit. Werte darunter deuten auf einen Rückgang hin. Branchenexperten zeigten sich erfreut über diese Daten. Für einen leichten Dämpfer sorgte allerdings der Teilindex Beschäftigung, der auf 53,4 (54,0) Zähler zurückging und damit auf den etwas verlangsamten Stellenzuwachs reagierte. Analysten bezeichnen das Beschäftigungsniveau allerdings insgesamt als anhaltend stark.

### **Verbrauchervertrauen positiv**

Das Konsumklima in den Vereinigten Staaten hat sich angesichts der anhaltenden Börsenerholung und der positiven Tendenz am Arbeitsmarkt im Januar überraschend stark aufgehellt. Die Stimmung unter den Verbrauchern ist wieder so gut wie seit mehr als drei Jahren nicht. Der von der Universität Michigan ermittelte Index des Verbrauchervertrauens kletterte im laufenden Monat auf 103,2 (Dezember 2003: 92,6) Punkte. Der höchste Wert seit November 2000. Angaben aus Finanzkreisen zufolge stieg der Index der Erwartungen für die nächsten zwölf Monate auf 99,5 (Dezember: 89,8) Zähler. Bei den gegenwärtigen Bedingungen ergab sich damit ein Zuwachs auf 108,9 (97,0) Punkte.

Der von Anlegern und Volkswirten stark beachtete Verbrauchervertrauens-Index der Universität Michigan gilt als wichtiges Konjunkturbarometer, welches den Stimmungstrend und das Kaufverhalten der amerikanischen Verbraucher im Voraus anzeigt. Die Konsumausgaben machen rund zwei Drittel der Wirtschaftsleistung der Vereinigten Staaten aus.

### **Probleme bei Sozial- und Krankenversicherung**

Das hohe Haushaltsdefizit der Vereinigten Staaten bedroht die amerikanische Sozialversicherung und Krankenversicherung Medicare. Das Geld zur Finanzierung dieser Versorgung wird knapper. Wechsel werden auf die nachfolgende Generation ausgestellt. Das Verhältnis von Pensionären

zur Bevölkerung im arbeitsfähigen Alter wird innerhalb der nächsten 50 Jahre – ähnlich dramatisch wie auch in Europa- von derzeit 20 Prozent auf schätzungsweise 40 Prozent ansteigen. Der Internationale Währungsfonds (IWF) macht auf diesen Mißstand in einer Anfang Januar erschienenen Studie aufmerksam. „Wenn die Probleme Sozialversicherung und Medicare gelöst worden wären, bestehe weniger Notwendigkeit zur Haushaltskonsolidierung,“ sagte ein Sprecher des IWF in Washington. Demgegenüber erklärt der amerikanische Finanzminister John Snow, das Defizit sei „vollkommen in den Griff zu bekommen und falle historisch gesehen nicht aus dem Rahmen“.

Präsident George W. Bush weiß nur all zu genau, wie bedeutend anhaltend positive Daten aus Wirtschafts- und Arbeitsmarkt für die angestrebte Wiederwahl im November d.J. sind. Zwei Drittel der amerikanischen Wählerschaft sehen in der Wirtschaftsentwicklung des Landes die entscheidende Motivation für ein Pro- oder Contra-Bush auf den Wahlzetteln. Allen Unkenrufen zum Trotz wird damit einmal mehr deutlich, daß die politische Wahlauseinandersetzung über Erfolg oder Mißerfolg eng mit der Verfaßtheit des Portmonnaies' des einzelnen Bürgers zusammenhängt – auch in Amerika bzw. insbesondere in Amerika.